

## Richtiges Signal: Parlament diskutiert Entbudgetierung

Auf Antrag der FDP hat der Deutsche Bundestag im Oktober das Thema „Ambulante ärztliche Versorgung verbessern, Bürokratie abbauen, Budgetierung aufheben“ diskutiert. Die FDP-Fraktion fordert in ihrem Antrag,

- die schrittweise Aufhebung der Budgetierung ärztlicher Leistungen,
- als ersten Schritt eine Entbudgetierung für die grundversorgenden Haus- und Fachärzte und
- Bürokratie und Berichtspflichten zu reduzieren.

Der Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands hält die parlamentarischen Impulse im Deutschen Bundestag, die Budgetierung zu beenden, für richtig und wichtig. Der Bundesvorsitzende Dr. Dirk Heinrich, erklärte dazu: „Der Entwurf für das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) geht den korrekten ersten Schritt. Jetzt muss der Weg konsequent fortgesetzt werden. Wir brauchen die Entbudgetierung aller zusätzlichen neuen Leistungen, die das TSVG vorsieht. Zuschläge tragen zwar dazu bei, reichen aber nicht, um die Ziele des

Gesetzes zu erreichen. Die durch Zuschläge geförderten Leistungen entsprechen in einigen Bezirken noch nicht einmal dem eigentlich vorgesehenen EBM-Preis. So wird nichts aus schnelleren Terminen.“

### Terminengpässe als Folge der Budgetierung

Das sieht auch die FDP-Abgeordnete Christine Aschenberg-Dugnau so. Während der Bundestagsdebatte sagte sie: „Die Terminprobleme, die Sie [Bundesgesundheitsminister Spahn, Anm. der Redaktion]

mit Ihrem Gesetz und mit sehr viel Bürokratie bekämpfen wollen, sind doch eine Folge der Budgetierung. Wer das infrage stellt, lügt sich in die eigene Tasche.“ Die Politikerin bezeichnete die Budgetierung als leistungsfeindlich und als „planwirtschaftliches Instrument“. Außerdem wies sie darauf hin, dass mit begrenzten Mitteln keine unbegrenzte Patientenversorgung erreicht werden könne.

Dr. Kirsten Kappert-Gonthor von den Grünen sprach sich gegen die Entbudgetierung aus, da diese für die Versorgung „rein gar nichts“ brächte. Stattdessen plädierte sie für Steuerung im Gesundheitswesen, um Überversorgung abzubauen, Fehlversorgung zu reduzieren und Unterversorgung zu beheben. „Das tut man nicht, wenn man ganz gezielt Facharztgruppen zusätzliche Gelder durch die Entbudgetierung übertragen würde. Insbesondere bei der Primärversorgung würde fast gar nichts ankommen, und das macht gesundheitspolitisch keinen Sinn“, so Kappert-Gonthor.

NAV-Chef Dr. Dirk Heinrich ist anderer Meinung: „Das Ziel ist und bleibt, die Budgetierung endgültig zu beenden. Denn die Budgetierung stammt aus Zeiten eines Ärzteüberschusses. Heute hingegen herrscht Ärztemangel. Andere Zeiten brauchen andere Antworten.“

### Leistungsanforderungen steigen

Durch das Prinzip „ambulant vor stationär“ sind die Leistungsanforderungen an niedergelassene Ärzte in den letzten drei Jahrzehnten stetig gestiegen. Eine ungerechtfertigte Leistungsausweitung müsse laut Heinrich niemand mehr befürchten. „Nur Ewiggestrige behaupten immer noch, die Budgetierung sei ein bewährtes und erforderliches Instrument, um Leistungsausweitung zu verhindern. Die Realität sieht anders aus. In Bayern und Baden-Württemberg sind hausärztliche Leistungen seit Jahren vollständig bezahlt, also unbudgetiert – und es lässt sich keine Leistungsausweitung nachweisen“, so der Bundesvorsitzende.

► Der Antrag der FDP-Fraktion (Drucksache 19/4833) steht unter [bit.ly/2PoPvIx](http://bit.ly/2PoPvIx) zum Download zur Verfügung.

Julia Bathelt



Die Praxis zeigt: Entbudgetierung führt nicht zu Leistungsausweitung.